

Gemeinsam mehr
unser Weg in die solidarische Moderne



Bezirk Braunschweig
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
www.jusos-bezirk-braunschweig.de

Reader zu Seminar

Grundlagen der politischen Arbeit

10.-11. März 2012

Jugendherberge Wolfsburg, Kleistweg

Gemeinsam mehr
unser Weg in die solidarische Moderne



Programm:

Samstag, den 10.03.2012

- 10.00 Uhr: Check in, Vorstellungsrunde
- 11.00 Uhr: **Überblick:** Seminarangebote, Projektarbeit, Erfahrungsaustausch etc.,
Juso-Selbstverständnis
- 12.00 Uhr: Mittagessen
- 13.00 Uhr : **Grundlagen der politischen Arbeit - Teil 1**
Satzungen, Sitzungsleitung, Geschäftsordnungen, Tagesordnungen etc.
Referent: Volker Taube, Geschäftsführer des SPD Bezirks Braunschweig
- 15.00 Uhr Kaffeepause
- 15.30 Uhr: **Grundlagen der politischen Arbeit - Teil 2**
- 17:00 Uhr: **Woher wir kommen - Geschichte der Sozialdemokratie**
- 18.00 Uhr Abendessen
- 19.00 Uhr **Grundlagen jungsozialistischer Bildungspolitik**
- Im Anschluss: Gemeinsame Abendgestaltung

Sonntag, den 11.03.2012

- 09.30 Uhr **Jusos als feministischer Verband: Thema Quote**
- 11.30 Uhr **Auswertung**
- 12.00 Uhr Mittag, Abreise

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

herzlich willkommen bei unserem Seminar „Grundlagen der politischen Arbeit“ in der Jugendherberge Wolfsburg.

In diesem Reader haben wir dir die wichtigsten Seminarunterlagen zusammengestellt, damit du das Wichtigste noch mal nachlesen kannst. Außerdem findest du hier einen Überblick über unsere Bezirksprojekte, Bezirksseminare sowie weitere Highlights der Juso-Arbeit, die in diesem Jahr stattfinden. Gerne kommen unsere Bezirksprojekte auch in deine Arbeitsgemeinschaft/ deinen Unterbezirk.

Weitere Informationen wie Termine und die Berichte von unseren Veranstaltungen findest du auch auf unserer Homepage auf www.jusos-bezirk-braunschweig.de

Wir wünschen dir viel Spaß bei unserem Seminar!

Jusos und was mensch von ihnen wissen sollte

Überleben im Jusoalltag - die wichtigsten Abkürzungen in alphabetischer Reihenfolge:

- AG** a) Arbeitsgemeinschaft
b) Arbeitsgruppe, Gliederung der Jusos auf Ebene von Gemeinden oder Stadtteilen
- AFA** Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
- AFB** Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik in der SPD
- AG 60+** Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Senioren
- AGS** Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD
- AK** Arbeitskreis
- ASF** Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
- ASG** Arbeitsgemeinschaft von Sozialdemokraten im Gesundheitswesen
- ASJ** Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen
- AVS** Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten
- BA** Bundesausschuss
- BeKo** Bezirkskonferenz
- BeVo** Bezirksvorstand
- BuKo** Bundeskongress
- BuVo** Bundesvorstand
- BV** Bundesverband
- ECOSY** European Community Organisation of Socialist Youth
- EP** Europäisches Parlament
- EU** Europäische Union
- EVP** Europäische Volkspartei, gr. Konservative Partei Europas
- FES** Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD-nahe Stiftung
- GO** Geschäftsordnung
- HSG** Hochschulgruppe

Gemeinsam mehr

unser Weg in die solidarische Moderne



JHV	Jahreshauptversammlung
JU	Junge Union
JuLis	Junge Liberale
Jusos	Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
JSG	Juso-SchülerInnengruppe
LA	Landesausschuss
LaKo	Landeskonferenz
LaVo	Landesvorstand
LV	Landesverband
MdB	Mitglied des Bundestages
MdEP	Mitglied des europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
MP(Z)K	Mandatsprüfungs- (und Zähl-) kommission
Orga	Organisatorisches
OV	Ortsverein
OVV	Ortsvereinsvorstand
PM	Pressemitteilung
PV	Partei Vorstand
RPJ	Ring politischer Jugend
SGK	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
SI	Sozialistische Internationale
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
TOP	Tagesordnungspunkt
UB	Unterbezirk
UBK	Unterbezirkskonferenz
UBV	Unterbezirksvorstand
WK	Wahlkreis

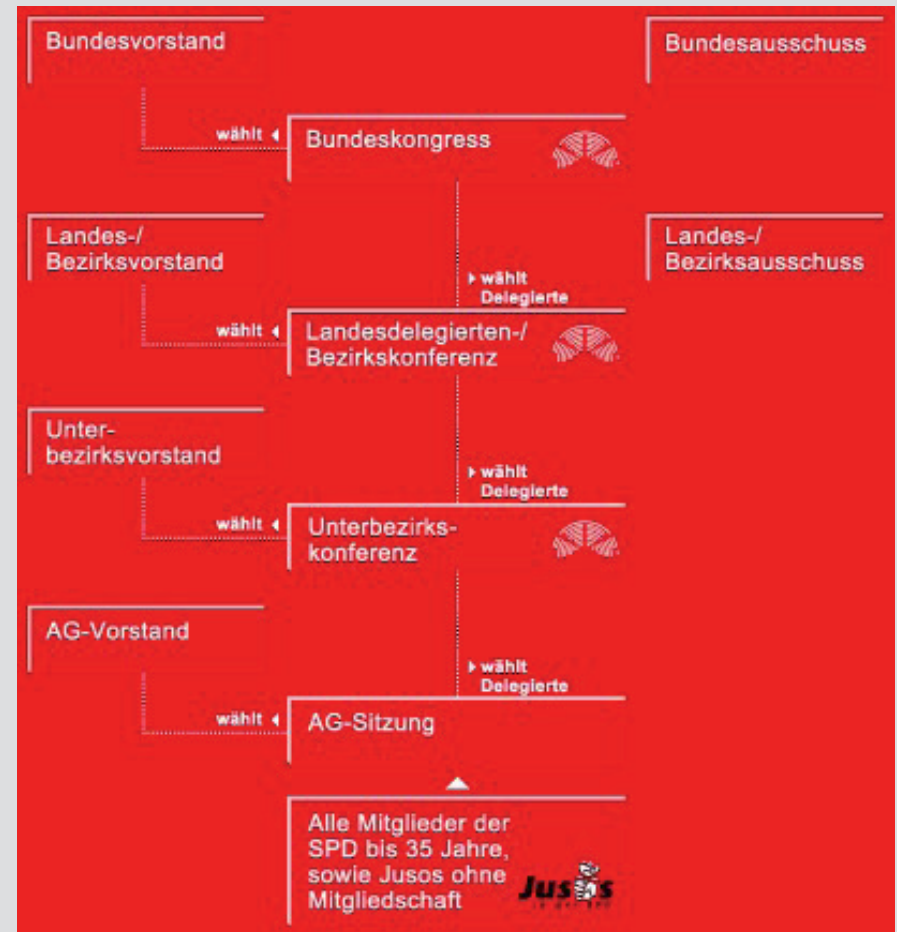
Gemeinsam mehr

unser Weg in die solidarische Moderne



Jusos und was mensch von ihnen wissen sollte

Der Verbandsaufbau



Die Arbeit des Bezirksvorstands

Referentinnen- und Referentenpool des Bezirksvorstands

Projekt	Teamer/Teamerin	Mail
Wirtschaft	Miriam Riedel-Kielhorn	Miriam.Kielhorn@arcor.de
Internationales	Charlotte Rosa Dick	charly-rosa@web.de
Umwelt	Charlotte Rosa Dick	charly-rosa@web.de
Netzpolitik	Miriam Riedel-Kielhorn	Miriam.Kielhorn@arcor.de
Juso-Frauenforum	Nadine Hermann	nad.hermann@yahoo.de
Kampf gegen Rechts	Peter Senftleben	Peter.Senftleben@gmx.de
Bildung	Peter Senftleben	Peter.Senftleben@gmx.de
Mehr Demokratie schaffen!	Stefan Hillger	StefanHillger@web.de

Termine und Highlights bis zum Frühsommer

Datum	Veranstaltung
20.03.2012, 18.30 Uhr	Juso-Bezirksvorstand in Braunschweig
14./15.04.2012	Juso Landeskonferenz in Osnabrück
12./13.05.2012	Juso Bezirksseminar: Methodik
18.-20.05.2012	Juso Basiskongress Links 2012 in Berlin

Dazu kommen noch weitere Veranstaltungen der Bezirksprojekte, die ihr demnächst unter www.jusos-bezirk-braunschweig.de findet.

Inhalte und Ziele der Bezirksprojekte

Projekt mehr Demokratie schaffen

Stefan Hillger

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten wollen die Demokratisierung aller Lebensbereiche, da wir die Demokratie als Lebensform verstehen, die Menschen alltäglich erfahren müssen. Wir wollen eine partizipatorische Demokratie, die Parteien und Zivilgesellschaft verbindet. Politik reduziert sich unserer Meinung nach nicht auf den Wahlakt, sondern muss den Bürgerinnen und Bürgern dauerhafte Mitwirkungsmöglichkeiten geben.

In dem Projekt wollen wir Jusos uns mit der Fragestellung auseinandersetzen, wie mehr demokratische Teilhabe geschaffen werden kann. Hierzu werden wir den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern von Initiativen wie beispielsweise „mehr Demokratie“ suchen. In Zusammenarbeit mit den Unterbezirken tauschen wir Jusos uns mit örtlichen Initiativen und Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern über alternative Beteiligungsformen aus. Außerdem wollen wir damit beschäftigen, wie auf kommunaler Ebene mehr Jugendbeteiligung geschaffen werden kann. Neben dem praktischen Dialog setzt sich das Projekt „mehr Demokratie schaffen“ mit vergangenen und gegenwärtigen Protestkulturen auseinander und thematisiert anhand der Milieutheorie die soziale Lage von Menschen und ihr Mitwirken an politischen Prozessen. Die Ergebnisse des Projektes bringen wir in die Diskussionen über das Wahlprogramm der niedersächsischen Sozialdemokratie zur Landtagswahl 2013 ein.

Projekt Netzpolitik:

Miriam Riedel-Kielhorn

Die Netzpolitik als übergreifendes Feld wird gerade für die jüngeren Generationen heute immer wichtiger. Dies kann man/frau auch am Erstärken der Piratenpartei erkennen. Sie konnten bei der diesjährigen Kreiswahlen der Kommunalwahlen fast 100.000 Stimmen und somit 1% der Stimmen in Niedersachsen auf sich vereinigen.

Auch bei den Jusos gibt es viele Mitglieder die sich für das Thema Netzpolitik interessieren. Diese sollen durch das Projekt Netzpolitik die Möglichkeit haben sich zu treffen und über aktuelle Themen im Bereich Netz zu diskutieren.

Erste Themen sollen unter anderem die Altersklassifizierung von Websites und der freie Netzzugang für jeden sein.

Weiterhin stellt sich im Bereich Netzpolitik auch die Frage der Bildung, denn Kindern und Jugendlichen fehlt es derzeit in Deutschland noch an Medienkompetenz um entscheiden zu können welche Inhalte sind die gut für sie sind und was sie in sozialen Netzwerken über sich preisgeben möchten. Auch dieser Bereich sollte daher mit in die Diskussionen mit einfließen.

Gemeinsam mehr unser Weg in die solidarische Moderne



Projekt Bildung

Peter Senffleben

Die Bildung ist besonders in einem rohstoffarmen Land das wichtigste Gut. Nur wenn in die Bildung investiert wird, kann nachhaltig Wohlstand erhalten werden. Aber nicht nur ökonomisch spielt die Bildung eine wichtige Rolle. Nur durch ausgeprägte und freie Bildung können wir die vielfältige und bunte Kultur erhalten und weiter ausbauen. Hürden der Intoleranz und Unfreiheit können so abgebaut werden. Das Projekt Bildung will gezielt SchülerInnen und StudentInnen, aber auch andere Interessierte, ansprechen. Gemeinsam wollen wir Strategien und Projekte entwickeln, um die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern. Besonders im Hinblick auf die Landtagswahl 2013 wollen wir auch mit eigenen Aktionen auf die furchtbaren Bildungsmöglichkeiten in Niedersachsen hinweisen. Niedersachsen ist eines der letzten Bundesländer mit Studiengebühren. Wir wollen uns eindeutig gegen diese ungerechten Bildungsschranken einsetzen, BürgerInnen davon überzeugen und mit dazu beitragen, dass die Schwarz-Gelbe Landesregierung abgewählt wird. Des Weiteren ist es unser Ziel weitere Gesamtschulen zu errichten. Weitere inhaltliche Schwerpunkte werden in den ersten Sitzungen besprochen.

Unser Ziel ist es darüber hinaus, alle Unterbezirke im Bezirk Braunschweig einzubinden und zu reger Teilnahme zu animieren. Das Projekt Bildung soll nicht nur von einigen wenigen Unterbezirken getragen werden. Über eine starke Bildungsarbeit von Gifhorn bis Osterode wollen wir zudem auch SchülerInnen und StudentInnen für unsere Arbeit begeistern.

Projekt Wirtschaft:

Miriam Riedel-Kielhorn

Etwa 150 Kommunen in Niedersachsen verfügen über defizitäre Haushalte und die Zukunft sieht nicht besser aus, da das Land mit seinen Zuweisungen weiter sparen wird um die Schuldenbremse einhalten zu können.

Die schlechte Lage der Kommunen liegt jedoch nicht daran, dass die Politikerinnen und Politiker in den Rathäusern nicht haushalten können, sondern daran, dass ihnen immer mehr Geld durch Steuersenkungen verloren geht und sie dies nicht selbst beeinflussen können.

Denn nur der Bund und die Länder bestimmen über die Steuern. Einige Möglichkeit für die Kommunen sind die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer.

Um den Kommunen wieder mehr finanzielle Möglichkeiten zu bieten ist eine Reform der Gewerbesteuer dringend notwendig. Bisher müssen nur gewerbliche Unternehmen diese Steuer abführen, nicht jedoch selbstständig tätige Personen, wie z.B. Anwältinnen und Anwälte, Apothekerinnen und Apotheker und Ärztinnen und Ärzte. Hier ergibt sich ein erster Ansatzpunkt für eine Reform. Diese Möglichkeit soll im Projekt diskutiert werden und weitere Reformvorschläge sollen erarbeitet werden

Gemeinsam mehr unser Weg in die solidarische Moderne



Projekt Umwelt:

Charlotte Rosa Dick

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Umweltpolitik nicht als isoliertes Politikfeld, sondern als wichtigen Teil einer sozial verantwortlichen und nachhaltigen Politik. Dabei umfasst der Begriff der Umweltpolitik für uns mehr als Naturschutz, Energie- und Klimapolitik. Nur mit einem gesamt Konzept für einen zukunftssicheren Umbau der Energiewirtschaft und für eine nachhaltige ökologische und sozial verträgliche Industriepolitik können wir soziale Sicherheit, ökonomische Stabilität und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erreichen.

In den letzten Jahren haben wir uns intensiv mit dem Themenfeld Energie beschäftigt, dieses wollen wir, insbesondere mit Blick auf die Asse und Schacht Konrad auch weiter verfolgen und uns natürlich auch weiterhin im aktiven Widerstand einbringen.

Darüber hinaus wollen wir uns mit der Lebensmittelproduktion beschäftigen. Wie stehen wir zu industrieller Massentierhaltung und wie ist die Gentechnik vor dem Hintergrund eines steigenden Welthungers zu beurteilen, sollen in diesem Zusammenhang nur zwei der Eckbausteine darstellen.

Projekt Juso-Frauenforum

Nadine Hermann

Frauen stellen in unserem Verband noch immer eine Minderheit dar, aus diesem Grund haben wir das Juso-Frauenforum ins Leben gerufen. Diese autonome Frauenstruktur vernetzt die Frauen in unserem Bezirk und bietet zusätzlichen Raum für Diskussionen. Wichtig ist dabei der Erfahrungsaustausch, denn auch wenn Frauen unterschiedlich sind, treffen sie häufig auf ähnliche Situationen. Solidarität ist entscheidend, wenn etwas verändert werden soll, so bietet das Frauenforum Unterstützung im Kampf für Gleichstellung und gegen auftretenden Sexismus in den Unterbezirken. Bei den regelmäßigen Treffen wird über frauenpolitische Inhalte informiert und diskutiert. Zusätzlich soll noch Platz für ergänzende Veranstaltungen bleiben. Die Vernetzung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ist für das Frauenforum besonders von Bedeutung. Die Juso-Frauen müssen verstärkt in der AsF auftreten, denn wer kennt die Belange der jungen Frauen besser als die jungen Frauen selbst?

Projekt Kampf gegen Rechts

Peter Senffleben

Wir Jusos sehen uns als internationalistischen, sozialistischen und feministischen Richtungsverband. Für uns ist menschenfeindliches rechtes Denken nicht akzeptabel. Rechtes Denken blockiert das Wachsen einer freien, internationalen, emanzipierten und solidarischen Gesellschaft. Wir stellen uns gegen jeden Ansatz rechten Gedankenguts. Das Projekt Kampf gegen Rechts setzt es sich zum Ziel, die Menschen für das antifaschistische Denken zu mobilisieren. Durch Seminare, Schriften und Bereitschaft zum Dialog wollen wir für dieses Thema sensibilisieren. Des Weiteren will das Projekt für Antinazi-Demos und weitere antifaschistische Aktionen mobilisieren.

Gemeinsam mehr

unser Weg in die solidarische Moderne



Gruppenarbeit: Geschichte der Jusos im gesellschaftlichen und politischem Kontext

Folgende Rahmendaten helfen dir bei der Orientierung:

- 1904: Gründung der Jusos
- Weimarer Republik: Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), Jungsozialisten; Internationaler sozialistischer Kampfbund
- 1947 Gründung der Jusos als „Plakatklebetruppe“ mit enger Anbindung an die Partei
- 1969: Linkswende: Jusos als soziales Gewissen der SPD

	1970er	1980er	1990er	Ab 1998	Ab 2003
Politisch-ökonomische Ausgangslage					
Formierung der deutschen Linke					
SPD					
Verbandspolitische Paradigma					

Folgende Begriffe sind in eine der Spalten einzuordnen:

APO, Kampagnenpolitische Orientierung, Desorientierung in Folge von 1989, „Mehr Demokratie wagen“/ Soziale und bildungspolitische Errungenschaften, Renaissance marxistischer Gesellschaftskritik/ Doppelstrategie, Einheit/Standortdebatte/Ende der Geschichte, Sozial-ökologisches Reformprojekt, /Doppelstrategie 2.0, Rheinischer Konsens, /Jusos öffnen sich neuen sozialen Bewegungen Frieden, Rheinischer Konsens, Rot-grün/Krise des Sozialstaats/„Generationengerechtigkeit“, Agenda 2010 / Rente 67/Vorsitzwechsel, Grenzen des Wachstums, „Neue Mitte“/„Dritter Weg“/Kosovo, Erweiterte Kampagnenorientierung, Standort der SPD/Enkel-Generation, Alte soziale Bewegung + Neue Soziale Bewegung, Organisation und Abstieg neuer sozialer Bewegung/Linkspartei, Rot grün → Große Koalition/staatliche Handlungsfähigkeit/Finanzkrise/europäische Finanzkrise

Grundlagen jungsozialistischer Bildungspolitik

5 **Text 01: „Bildungsgerechtigkeit“, von Josef Kraus, in: Aus Politik- und Zeitgeschichte, Heft 49 2008, S. 8 – 13**

10 Im Kontext mit PISA gibt es in Deutschland einen leidenschaftlichen Streit um Gerechtigkeit. Bei der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse gilt es zwei Prinzipien zu beachten: das Prinzip Gleichheit und das Prinzip Freiheit. In Reinform praktiziert, bedeutet Gleichheit Vereinheitlichung und Gleichmacherei; Freiheit pur bedeutet Überleben der Stärksten. Es kann also weder das eine noch das andere Paradigma einziger Maßstab sein. Denn Freiheit ohne Gleichheit wäre ein Laisser-faire-Libertarismus, und Gleichheit ohne Freiheit wäre Kollektivismus. Insofern kann es gerade in einem freiheitlich-demokratischen Rechts- und Sozialstaat immer nur um einen Ausgleich zwischen Freiheit und Gleichheit gehen.

15 Bezogen auf Schulbildung lautet die Frage also: Soll ein Schulwesen am Prinzip Freiheit oder am Prinzip Gleichheit orientiert sein?

20 Hier ist der Freiheit eindeutig der Vorrang zu geben, denn Gleichheit total wäre der Tod der Individualität "Die Beseitigung der Ungleichheit durch Bildung ist ein kollektives Missverständnis. Schule ist ein System der Erzeugung von Differenz und nicht von Gleichheit." (Heinz-Elmar Tenort).

25 Menschen kommen unterschiedlich auf die Welt. Chancengleichheit durch Bildung sei eine Illusion, denn selbst wenn Bildung am Ende gleichmäßig verteilt wäre, würden doch andere Unterschiede durchschlagen: familiäre Förderung, Begabung usw.

30 Wissenschaftlich haltbar ist eine solche Diktion nicht. Denn die Forschung hat seit mehreren Jahrzehnten eindeutig nachgewiesen, dass 70 Prozent des kognitiven Potentials durch Erbfaktoren bestimmt sind.

35 Absolute Gerechtigkeit bleibt auch in Fragen von Erziehung und Bildung ein irrationales (metaphysisches) Ideal. In der Bildung kann es keine egalisierende Gerechtigkeit im Sinne eines "Jedem das Gleiche" geben, weil Individualität damit blockiert würde. Überhaupt geht es in der Bildung nicht um Verteilungsgerechtigkeit im Sinne von Chancenverteilung, sondern um Chancennutzung.

40 Zum Leistungsprinzip in der Schule gibt es keine gerechte Alternative. Wer es untergräbt, setzt zugleich eines der revolutionärsten demokratischen Prinzipien außer Kraft. Freie Gesellschaften haben das Kriterium Leistung vor Erfolg und Aufstieg gesetzt. Auch Sozialstaatlichkeit ist nur mit dem Leistungsprinzip möglich.

5 **Text 02: „Zum Unterrichtsfach ‘Politik-Wirtschaft’, oder: Wird die Politische Bildung klammheimlich abgeschafft?“, von Dirk Lange**

(Dieser Text behandelt die Gefahr einer Vermischung von Politik und Wirtschaft Ökonomie) zu einem Schulfach)

10 Das gymnasiale Unterrichtsfach der Politischen Bildung wurde in Niedersachsen in Politik-Wirtschaft umbenannt. Die vorläufigen Schriftstücke dieses fachlichen „Zweiklangs“ lassen befürchten, dass sich in der niedersächsischen Bildungspolitik ein heimlicher Paradigmenwechsel vollzieht, in dem die Politische Bildung sukzessive durch die ökonomische Bildung ersetzt wird. Neben der Ökonomisierung des Unterrichtsfaches ist eine Privatisierung der Politischen Bildung festzustellen.

15 Die Anhörfassung für das Kerncurriculum sieht nun aber vor, dass die Stärkung des Wirtschaftsbereichs nicht im Kontext, sondern in weiten Teilen auf Kosten der politischen Bildung umgesetzt werden soll. Die Politische Bildung macht gerade noch 40 Prozent der curricularen Anteile aus und wird auf ein Nebenfach der Ökonomie reduziert.

20 Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie das Zusammenleben in interkulturellen Gesellschaften werden nicht mehr behandelt. Nicht besser ergeht es dem Problemfeld Rechtsextremismus/Rassismus oder Fragen der Geschlechtergerechtigkeit. Auch die Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Themen wie dem Nationalsozialismus wurde ersatzlos gestrichen. Hier wäre zu prüfen, ob es mit dem Bildungsauftrag der Politischen Bildung noch vereinbar ist, wenn solch zentrale gesellschaftspolitische Problemfelder zu Gunsten der Ökonomieanteile aus dem Fachunterricht verbannt werden sollen.

25 Normativ ist die Politische Bildung auf die Leitidee des „mündigen Bürgers“ – der eine grundlegende Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft darstellt – ausgerichtet. Die Arbeitsfassung des Kerncurriculums relativiert nun diesen Grundgedanken der Politischen Bildung, indem sie ihm als Intention die Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung anheim stellt.

35 Von der Landesregierung ist zu erwarten, dass sich „Politik-Wirtschaft“ an den bewährten Prinzipien der Politischen Bildung ausrichtet. Als schulisches Unterrichtsfach muss es ideologiefrei bleiben und darf nicht zum Handlungsfeld von Wirtschafts- oder anderen Interessenverbänden werden.

Text 03: Pädagogische Hochschule Weingarten, 24.05.2007

Die gängigen Argumente für das dreigliedrige Schulsystem enthielten mindestens sechs Irrtümer.

1.: Der erste Irrtum betrifft die Leistungen: So seien die Leistungen der Schülerinnen und Schüler keineswegs international erfolgreich. Baden-Württemberg liegt im internationalen Vergleich nur leicht über dem OECD-Durchschnitt, im Bereich Lesekompetenz unter dem Durchschnitt.

2.: Dass das gegliederte Schulsystem leistungsgerecht sortiere, sei ein zweiter Irrtum. Zahlreiche Studien wie TIMSS, PISA, IGLU und andere belegten, dass Schülerinnen und Schüler mit denselben Leistungen je völlig unterschiedlichen weiterführenden Schularten zugewiesen wurden.

3.: Ebenso sei ein Irrtum, dass Fehlentscheidungen durch die Durchlässigkeit des Systems nach oben und nach unten korrigiert werden könnten. Die Durchlässigkeit funktioniere überwiegend nach unten. Bundesweit sind 77% der Schulartwechsel Abstiege und nur 23 % Aufstiege.

4.: Der vierte Irrtum betrifft die Bildungschancen. Studien wie PISA bestätigten einen besonders ausgeprägten Zusammenhang zwischen Kompetenzerwerb und sozialer Herkunft in Baden-Württemberg. So würden die spezifischen Lernumgebungen innerhalb der einzelnen Schularten besonders dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche mit gleichen Grundfähigkeiten und identischem sozioökonomischen Status unterschiedliche Leistungen in unterschiedlichen Schularten erbringen.

5.: Der fünfte Irrtum bezieht sich auf die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der schulischen Noten. Diese besitzen in gegliederten Systemen eine machtvolle Funktion, denn sie dienen als Selektionsinstrument. Ihre Vergleichbarkeit ende jedoch an der Klassentüre, so die Forscher. Lehrkräfte könnten Leistungsunterschiede innerhalb einer Klasse recht gut einschätzen, sobald jedoch die Klasse den Lehrer wechselt oder ein Schüler die Klasse wechselt, veränderten sich die Noten nachweislich: Noten seien außerhalb des Klassenzimmers nicht mehr vergleichbar.

6.: Der sechste Irrtum: Widerlegt sehen die Wissenschaftler auch die Feststellung, dass integrierte Schulsysteme schlechtere Leistungen produzierten. Allein die Anwesenheit leistungsstärkerer Schüler führt bei anregungsreicher und anspruchsvoller Lernumgebung bereits zu höheren Lernfortschritten leistungsschwächerer Schüler – ohne dass dabei ein Nachteil für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler zu befürchten wäre. Eine Zusammenführung von Hauptschule und Realschule sehen die Wissenschaftler jedoch nur dann als sinnvollen Zwischenschritt, wenn auch ein Zugang zum Abitur möglich sei, etwa in neun Jahren. Die notwendige Weiterentwicklung des Schulsystems gehe einher mit einer stufenbezogenen Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer.

**Text 04: Beschlüsse der Jungen Liberalen NRW und ihrer Gremien
Von 1980 bis 2001**

Bildung und Wissenschaft

Bildungsziel ist der mündige Bürger, der in der Lage ist, Probleme zu lösen, der kreativ und kritikfähig ist und der verantwortungsbewusst handelt. Ein allgemeiner Fortschritt im Bildungswesen kann nur erreicht werden, wenn eine größere Pluralität der Schulformen besteht. Schultypen können sich nur in Konkurrenz zueinander bewähren.

Die integrierte Gesamtschule soll daher neben Gymnasium, Realschule und Hauptschule als vierte Angebotsschule geführt werden. Für die Entscheidung über die Errichtung ist der Elternwille bestimmend. Die Hauptschulen und Realschulen dürfen nicht zu Restschulen verkümmern, sondern müssen mit den entsprechenden Mitteln wie die übrigen Schulen ausgestattet werden. Der Bau von privaten Bildungseinrichtungen sollte gefördert werden.

Die Jungen Liberalen fordern eine Neuordnung der Zuständigkeitsverteilung im Bereich der Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern. Dabei sollte dem Bund die Gesetzgebungszuständigkeit für eine einheitliche Regelung der Dauer der Bildungspflicht, der Übergänge und Abschlüsse im Bildungswesen, der beruflichen Bildung, der Lehrerbildung und der Anerkennung der Abschlüsse übertragen werden. Dabei wird auch gesellschaftliche Mobilität gewährleistet.

Die Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung ist anzustreben. Die Jungen Liberalen fordern die Gewährleistung der Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen, die Stärkung der Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen und den Rückzug des Staates auf Rahmenregelungen und Rechtsaufsicht. Mit der Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem sollen durch Bedarfsprognosen und durch eine intensive Bildungs- und Berufsberatung große Fehlentwicklungen vermieden werden, die zur Fehlqualifizierung und zur Arbeitslosigkeit von Akademikern führen.

Das Bildungsangebot an Schulen und Hochschulen ist so zu differenzieren, daß Schüler und Studenten weder überfordert noch unterfordert werden.

Die Durchlässigkeit der Bildungseinrichtungen soll gewährleisten, daß sich jeder entsprechen seinen Fähigkeiten, Neigungen und Leistungen weiterbilden und höher qualifizieren kann.

Informationen zu Quotenregelungen

1. gesellschaftlicher Hintergrund:

Was sind typisch männliche / typisch weibliche Eigenschaften?

Es gibt keine!!! Wir unterscheiden Sex und Gender:

Sex: Biologisches Geschlecht

Gender: Gesellschaftlich aufkonstruiertes Geschlecht

Häufig wird Sex mit Gender gleichgesetzt (Stereotype), aber

Frauen und Männer sind gleich!!!

Sexismus:

Sexismus ist die Diskriminierung eines Menschen auf Grund seines biologischen Geschlechts. Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften (Stereotypisierung), die zusätzlich noch eine unterschiedliche Wertung erfahren, z.B. eine intellektuelle Unterlegenheit von Frauen im Vergleich zu Männern

Warum sind Frauen und Männer nicht gleichgestellt?

Patriarchat:

- weltweit vorherrschendes System der Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und Mädchen aller Hautfarben, sexuellen Orientierung und Religionen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens:
- Mann/Vater verfügt über uneingeschränkte Entscheidungs- und Befehlsgewalt
- Differenzierung nach dem Geschlecht in der Erziehung: Kinder lernen sehr früh, dass Weiblichkeit mit Minderwertigkeit und Männlichkeit mit Überlegenheit gleichzusetzen ist. -> Konservierung bestehender Verhältnisse
- Einfluss auf den Beruf: geschlechtliche Arbeitsteilung, Frauen erhalten weniger Lohn.
- Macht der Männer über die Frau und über ihren Körper (z.B. Vergewaltigung in der Ehe bis 1997 keine Straftat – eheliche Pflichten)
- patriarchale Strukturen führen zu sozialer und ökonomischer Abhängigkeit!!!!

2. Was soll eine Quote?

- patriarchalen Strukturen, die auch in unserer Partei bestehen, entgegenwirken.
- Entscheidungsgewalt nicht nur auf ein Geschlecht konzentrieren, nur weil diesem im allgemeinen eher die nötige Fähigkeit zugesprochen wird.
- Aufzeigen, dass noch mehr getan werden muss, um Frauen für Politik zu gewinnen.
- Frauen stellen die Hälfte der Gesellschaft dar, ihnen muss somit auch genügend Platz in Entscheidungsgremien zur Verfügung stehen.
- Nur ein Instrument neben vielen in der Frauenförderung. Diese dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden (siehe FDP: Frauenförderung statt Quote)
- Ziel der Quote ist es, sich selbst überflüssig zu machen. Das ist dann erreicht, wenn Teilhabe an Macht nicht mehr geschlechtsabhängig ist.

3. Quotenregelungen

harte Quote

- 5 mindestens 40% Frauenanteil in Vorständen und Delegationen gewählt (Jusos)
tatsächlich anwesender Teil mindestens 40% Frauenanteil in Delegationen, ansonsten werden Mandate aberkannt

weiche Quote:

- 10 für mindestens 40% der zu vergebenden Plätze in Vorständen und Delegationen dürfen ausschließlich Frauen kandidieren, die Plätze können freigelassen werden, falls nicht genügend Frauen zur Wahl stehen

„weichere“ Quote:

- 15 mindestens 40% der zu vergebenden Plätze in Vorständen und Delegationen sind zunächst für Frauen reserviert, falls nicht genügend Frauen zur Wahl stehen, können diese auch durch Männer besetzt werden

Geschlechterquote:

- 20 Bei Vorstands- und Delegationsgrößen müssen beide Geschlechter zu mindestens 40% vertreten sein
Diese Regelung wird von der SPD und ihren Arbeitsgemeinschaften (Ausnahme: Jusos und AsF) angewendet

Quotierte Wahllisten

- 25 Nach dem „Reißverschlussverfahren“ sind abwechselnd Mann/Frau zu setzen, wenn keine Frauen mehr kandidieren, kann die Liste ohne „Reißverschluss“ fortgeführt werden

Quotierte Redeliste

- 30 Unabhängig von dem Zeitpunkt der Wortmeldungen wird abwechselnd eine Frau / ein Mann zum Wortbeitrag aufgerufen
Man kann diese Liste offen oder geschlossen gestalten

Gemeinsam mehr
unser Weg in die solidarische Moderne



Meine Argumente für die Quote: